



Auf dem FR-Podium: Gössner, Quent, Schmidt, Menne, Rieband, Pfahl-Traughber (v.l.).

HARTUNG (2)

Der zu zahlende Preis

Verfassungsschutz-Vize Catrin Rieband räumt Probleme ein

Von Marie-Sophie Adeoso und Felix Helbig

Es gibt zwei Worte, die häufig fallen, eines dient Catrin Rieband als Eingeständnis und eines als Entschuldigung. Die beiden Worte lauten „problematisch“ und „singulär“. Die Vizepräsidentin des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz räumt am Donnerstagabend ein, dass der Verfassungsschutz nach den Morden des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) berechtigt in der Kritik stehe. Sie spricht über die Anwerbung von V-Leuten aus der rechtsextremistischen Szene. Über ihre Führung. Über den Austausch mit Polizeibehörden. Über Organisationsstrukturen. Über die Analysefähigkeit des Landesamts. Und nennt vieles davon immer wieder: „problematisch“.

Die NSU-Morde allerdings, sagt Rieband, seien ein „singuläres Ereignis“, das man differenziert von der übrigen Arbeit des Verfassungsschutzes betrachten müsse. „Wir dürfen diesen Sachverhalt nicht als allgemeine Grundlage einer Einschätzung der Arbeit des Verfassungsschutzes nehmen. Viele Vereinsverbote, Waffenfunde, aufgedeckte Anschlagpläne hätte es ohne Erkenntnisse des Verfassungsschutzes nicht gegeben“, so Rieband.

Das will auf dem Podium der Diskussionsveranstaltung von

Frankfurter Rundschau und Humanistischer Union (HU) auch gar niemand bestreiten. Vor allem das System der Anwerbung von V-Leuten aber wird unter der Moderation von Volker Schmidt (FR) und Peter Menne (HU) immer wieder hinterfragt. Der Rechtsanwalt und Geheimdienstkritiker Rolf Gössner beschreibt ein System der Anwerbung von V-Leuten aus der rechtsextremen Szene, mit dem eben diese Szene finanziell unterstützt und gestärkt werde, während gleichzeitig Bürgerrechte, die Demokratie und der Rechtsstaat in Gefahr gerieten. „Es kann doch nicht sein, dass der Verfassungsschutz den Thüringer Heimatschutz mit so vielen V-Leuten infiltriert, dass sie ein Viertel der Mitgliederzahl ausmachen, und dann aber nichts mitbekommt, wenn aus diesem Heimatschutz der NSU hervorgeht.“ Die Verfassungsschutzbehörden, folgert Rolf Gössner, seien Teil des Systems Rechtsextremismus – und damit „Teil des Problems“.

Eine These, die Catrin Rieband selbstredend entschieden zurückweist – und auf das Vorbild Hessens verweist: Führungspersonen aus der Neonazi-Szene, wie der Thüringer Tino Brandt, dürften hier keine V-Leute werden. „Das ist, glaube ich, in den meisten Bundesländern anders als in Thüringen.“ Und auch bei Vorstrafen und Gefängnisaufenthalten seien

die Maßstäbe bei der Anwerbung in Hessen sehr streng.

Der Jenaer Soziologe und Rechtsextremismus-Experte Matthias Quent widerspricht der Darstellung, dass es zu Fehlurteilen des Verfassungsschutzes nur beim NSU gekommen sei. „Da wurde lange bagatellisiert und einer Gleichstellung von Links und Rechts angehängen, das ist ein komplexitätsreduziertes Gesellschaftsverständnis“, sagt Quent.

Der ehemalige Referatsleiter beim Bundesamt für Verfassungsschutz und heutige Ausbilder an der Fachhochschule des Bundes, Armin Pfahl-Traughber, verteidigt wie auch Catrin Rieband den Einsatz von V-Leuten. „Wenn man die nicht hat, muss man in Kauf nehmen, dass Anschläge verübt werden. Das ist dann der Preis, den man bezahlt.“ So sind es eben die V-Leute, die man bezahlt.

Pfahl-Traughber nennt die NSU-Morde wie Rieband im historischen Vergleich „singulär“, verknüpft damit allerdings eine Kritik an den Verfassungsschützern: Die Ämter seien „viel zu stark mit Verwaltungsjuristen besetzt und viel zu wenig mit Fachwissenschaftlern, die vergleichend analysieren können“.

Pannen werden öffentlich

Gleichwohl nimmt er die Behörden auch in Schutz: Es würden schließlich immer nur die Pannen öffentlich bekannt, nicht aber die Erfolge des Verfassungsschutzes. Auch das ein Preis, den man bezahlt – für die Geheimhaltung.

Die kürzlich vom hessischen Innenminister Boris Rhein (CDU) vorgeschlagenen Veränderungen beim Verfassungsschutz, vor allem eine bessere Ausbildung und behördenübergreifende Kommunikation, stützt auch die Vizepräsidentin Rieband. Zwar gebe es einen täglichen Austausch mit Polizeibehörden, „aber zugleich haben wir auch Kommunikationsdefizite“, sagt sie.

Für Jurist Gössner ist vor allem diese aus seiner Sicht zunehmende Aufweichung des Trennunggebots von Polizei und Geheimdienst, das „eine wichtige Konsequenz aus der Gestapo-Erfahrung“ sei, ein großes Problem.

Nachbarn helfen

Netz für alte, kranke und behinderte Menschen

Von Friederike Tinnappel

Die Kirchengemeinden in den Stadtteilen wollen die Menschen zusammenbringen: Anwohner, die Hilfe brauchen, können sich in den „Sozialen Kontakt- und Vermittlungsstellen“ melden und zwar unabhängig von jeder Konfession. Von den Kontaktstellen werden auch die Helferinnen und Helfer rekrutiert, die putzen, einkaufen, Gardinen aufhängen oder Gartenarbeiten erledigen, erläuterte Lisa Gerdom, die Geschäftsführerin der Hilfenetze am Donnerstag auf einer Pressekonferenz. Bei den Helfern handelt es sich um Frauen, darunter auch viele Migrantinnen, die über ein geringes Einkommen verfügen und gern etwas dazuverdienen möchten.

12,54 Euro pro Stunde zahlen die Menschen, die die Hilfe erhalten, 8,84 Euro davon bekommen die Helfer einmal im Monat bar auf die Hand. Bei diesem Treffen können sie auch berichten, wie es bei ihren Auftraggebern aussieht, „ob plötzlich ein Paar Schuhe im Kühlschranks steht oder der Herd dreimal eingeschaltet war“.

Insofern sind die Hilfenetze auch ein wichtiges Frühwarnsystem. Sie signalisieren, ob hier und da nicht vielleicht mehr Hilfe notwendig ist als die üblichen zwei Stunden die Woche. Vor allem

aber entstehen Kontakte zwischen Menschen im Stadtteil, die sonst vermutlich nichts miteinander zu tun hätten, sagte Gerdom. Das stärke auch den Zusammenhalt im Stadtteil. Alte Menschen könnten länger in den eigenen vier Wänden leben und manch Anwohner, der eigentlich umziehen wollte, fühlte sich nun durch seine Tätigkeit im Hilfenetz doch in der Verantwortung und bleibt.

Überstunden beim Kartenspiel

Es grassieren Anekdoten, etwa von jener 92-Jährigen, die mit ihrer jungen Helferin, die dafür unbezahlte Überstunden macht, Karten spielt. Oder von jenem Alten, der möchte, dass die Hausarbeit liegenbleibt, weil er lieber Mensch ärgere Dich nicht spielen und dabei unbedingt gewinnen möchte. Für viele Helferinnen seien die Hilfstätigkeiten eine Art Einstieg oder Wiedereinstieg in die Arbeitswelt, sagte Gerdom.

Sieben Hilfenetze sind in den vergangenen zwölf Jahren entstanden, noch in diesem Jahr wird eines in Praunheim und Hausen entstehen. Damit den ehrenamtlichen Helfern in den Kontakt- und Vermittlungsstellen die Arbeit nicht über den Kopf wächst, wird nun die Caritas Organisation und Verwaltung übernehmen und das Netzwerk weiter ausbauen.



Hutgalerie
 Ruth Rabenhaupt-Klein
 Sandweg 62 • 60316 Frankfurt
 Damen- und Herrenhüte
 Tel.: 069/43 05 59 59
 www.hutgalerie.com

Sommerblumen-Schluss-Verkauf

Geranien €1,00
 Tagetes €-45

Holen Sie sich jetzt die schönsten Balkon- & Terrassenpflanzen, in bester Qualität, für Ihren Blütenessommer, frisch aus unserer Gärtnerei.

Blumen Gärtnerei Friedrich
 Dortelweiler Str. 49 – 53 • 60389 Frankfurt • Tel. 0 69/45 38 86

www.blumengaertnerei-friedrich.de



Sieht Hessen als Vorbild: Verfassungsschützerin Catrin Rieband.